

KURZ UND PRÄGNANT

Rhetorik der 90er Jahre

Die Schwierigkeiten der Kommunen, mit den gestiegenen Flüchtlingszahlen zurechtzukommen, seien auch der verfehlten Politik der vergangenen Jahre geschuldet, in denen die Frage, wie die Flüchtlinge in Thüringen gut und menschenwürdig untergebracht werden, nicht erstrangig gewesen sei, gab Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion, zu bedenken.

„Es wurde eben nicht dafür gesorgt, dass Plätze vorgehalten werden oder die Kommunen gewappnet sind, Flüchtlinge vorrangig in Wohnungen unterzubringen. Im Gegenteil wurde Kommunen, die das selbständig und gegen die restriktive Flüchtlingspolitik des CDU-geführten Innenministeriums entschieden, lange Jahre das Leben sogar erschwert. Und zwar, ohne dass die kommunalen Spitzenverbände dagegen opponiert hätten.“ Sabine Berninger plädierte dafür, lieber gemeinsam nach Lösungen zu suchen, als zu polemisieren und die Verantwortung von sich weg und auf ‚die da oben‘ zu schieben. „Wer derzeit, wenn auch mit anderem Vokabular, an die Rhetorik der 90er Jahre anknüpft, der macht sich mitschuldig an Ängsten, sich verfestigenden Ressentiments und auch an Übergriffen und Gewalt gegen Unterkünfte oder gar Menschen.“ ■

Hilfe und Unterstützung im Erfurter Frauenhaus

Vor Ort informiert: Ministerpräsident Bodo Ramelow und Abgeordnete Karola Stange

Kürzlich besuchte Ministerpräsident Bodo Ramelow in Begleitung von Karola Stange, Sprecherin für Soziales, Gleichstellungs- und Behindertenpolitik der Linksfraktion, für ein Gespräch mit den dortigen Mitarbeiterinnen des Frauenhaus Erfurt der Evangelischen Stadtmission und Gemeindedienst Erfurt GmbH.

Das Frauenhaus Erfurt ist für die Stadt Erfurt und die Landkreise Ilm-Kreis und Sömmerda zuständig (zu erreichen unter der Rufnummer 0361/ 7 462145). Bodo Ramelow hatte schon Anfang des Jahres das Restaurant des Herzens der Stadtmission Erfurt besucht und war mit einer Besuchergruppe obdachloser Männer des Hauses Zuflucht zu einem Gespräch in der Linksfraktion im Landtag zu Gast.

Der aktuelle Besuch im Frauenhaus reihte sich ein in die Tour zu sozialen Vereinen und Verbänden, um sich aktuell über den Stand der Arbeit zu informieren. Das Angebot des Frauenhauses richtet sich an Frauen und deren Kinder, die von physischer, psychischer oder sexualisierter Gewalt durch Ehepartner, manchmal auch Ehepartnerinnen, Partner oder Familien betroffen sind. Dazu zählen auch Zwangsheirat und jede Verletzung von körperli-

cher und seelischer Unversehrtheit.

Den Frauen wird, unabhängig von Herkunft und Konfession, Aufnahme und Hilfe angeboten und es wird auch bei schwieriger aufenthaltsrechtlicher und finanzieller Situation im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten Unterstützung geleistet.

Die Geschäftsführung der Evangelische Stadtmission Erfurt und die Mit-

vorübergehende Möglichkeit der Unterbringung der Kinder in einer Erfurter Kindertagesstätte gibt.

Positiv zu berichten hatten die Mitarbeiterinnen von der guten Zusammenarbeit des Netzwerkes häusliche Gewalt und der Polizei sowie von der Solidarität und der Unterstützung der Frauen untereinander. Themen waren auch eine mögliche Gebietsreform, die

Haushaltssituation Thüringens und die direkte Auswirkung auf die Arbeit im Frauenhaus, auch mit Blick auf einen möglichen deutlichen Anstieg von Frauen mit Flucht- und Migrationshintergrund, die Hilfe im Frauenhaus suchen.

„Es wurde in diesem Gespräch erneut deutlich, wie wichtig und sinnvoll die alte Forderung der LINKEN nach einer Regelfinanzierung der Aufgaben ist“, bekräftigte Karola Stange. Die rot-rot-

grüne Landesregierung spricht sich im Koalitionsvertrag für eine verlässliche Finanzierung der Hilfsstruktur aus, damit auch zukünftig Frauenhäuser, Frauenzentren und Interventionsstellen, planungssicher und in stetig guter Qualität ihre Arbeit leisten können.

Simone Nordheim ■



arbeiterinnen des Frauenhauses berichteten über aktuelle Projekte, Auslastungszahlen und Verweildauer sowie die Problematik häuslicher Gewalt im Allgemeinen. Ein besonderes Problem für die Frauen, die mit kleinen Kindern aus einem anderen Landkreis kommen, ist, dass es keine sofortige bzw.

Antwort auf Kleine Anfrage: Sanktionen für Hartz-IV-Bezieher in Thüringen rückläufig

Aus der Antwort der Thüringer Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKE-Abgeordneten Ina Leukefeld geht hervor, dass die ausgesprochenen Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger in Thüringen in den letzten zwei Jahren rückläufig waren. „Das ist gut so, aber es sind mit mehr als 400 Betroffenen immer noch zu viele“, sagte die arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Das Thema Sanktionen ist nach der Entscheidung des Gothaer Sozialgerichts vom Frühjahr aktueller denn je, denn dort wurde die Unvereinbarkeit von SGB-II-Sanktionen mit dem Grundgesetz festgestellt und das laufende Verfahren dem Bundesverfassungsgericht (BVG) zur abschließenden Entscheidung vorgelegt. „Ich bin auf die Entscheidung des BVG gespannt, denn ich teile die Auffassung der Gothaer Richter, dass in der Regelung des § 31a und b SGB II eine Verletzung der Menschenwürde und des Grundrechts auf Berufsfreiheit vorliegt. Um die Lage in Thüringen genauer zu kennen, hatte ich die Kleine Anfrage zum Thema Sanktionen bei erwerbsfähigen Hilfebezieher in der Grundsicherung für Arbeitslose in Thüringen gestellt“, begründete die Abgeordnete.

Aus der Antwort des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie geht hervor, dass im Jahr 2013 insgesamt 35.819 und in 2014 insgesamt 32.243 Sanktionen in den Thüringer Jobcentern neu erhoben wurden.

Hohe Sanktionsquoten in Erfurt, Gera und Gotha

Dabei lagen die Städte Erfurt, Gera, Gotha und die Landkreise Saalfeld-Rudolstadt, Ilm-Kreis und Unstrut-Hainich-Kreis mit besonders hohen Sanktionsquoten vorn. Nur in vier Kreisen ist die Anzahl der ausgesprochenen Sanktionen in 2014 im Vergleich zu 2013 leicht angestiegen.

Damit liegt die Sanktionsquote (Verhältnis der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zu den mit mindestens einer gültigen Sanktion) bei 3,3 Prozent bzw. 3,2 Prozent in den Jahren 2013 bzw. 2014. In der bundesweiten Statistik vom März liegt Thüringen mit 2,87 Prozent deutlich besser als Sachsen, Berlin, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Hamburg.

Aufschlussreich ist die Tatsache, dass die Sanktionsquote bei Jugendlichen in Thüringen über 5,5 Prozent liegt und bei Männern deutlich höher ist als bei Frauen. Als Sanktionsgründe

liegen Meldeversäumnisse mit jeweils über 20.000 Fällen deutlich an der Spitze, gefolgt von der Weigerung der Aufnahme bzw. Fortsetzung einer Arbeit und der Weigerung zur Erfüllung von Pflichten nach der Eingliederungsvereinbarung.

Eine Aussage, in welcher Höhe dadurch Gelder nicht ausgezahlt wurden und so den Hartz-IV-Empfängern vor-enthalten wurden, konnte die Landesregierung nicht treffen. Gegen verhängte Sanktionen wurden in 2013 in Thüringen 377 Widersprüche und 456 Klagen sowie in 2014 277 Widersprüche und 468 Klagen von Betroffenen geführt, die oft erfolgreich waren.

Den Betroffenen echte Arbeitsangebote unterbreiten

„Die LINKE hält Sanktionen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende nicht für zielführend und tritt seit langem für eine Abschaffung der Sanktionen ein. Vielmehr kommt es darauf an, den Betroffenen echte Arbeitsangebote zu unterbreiten, die Anzahl der Aufstocker durch gut bezahlte Arbeit zu senken und die diskriminierende Abwertung und Schuldzuweisung für Langzeitarbeitslose und Hartz-IV-Empfänger zu beenden“, fordert Ina Leukefeld und sagte abschließend: „Deshalb

wurde bei der Erarbeitung des Kernprojektes der LINKEN zur Schaffung von Arbeit durch öffentliche Beschäftigungsförderung das Grundprinzip der Freiwilligkeit durchgesetzt, d.h. niemand darf in Thüringen zur Aufnahme einer solchen Tätigkeit gezwungen werden. Deshalb wird es dort auch keine Sanktionen geben.“ Die Kampagne „Das muss drin sein!“ der Partei DIE LINKE hat sich u.a. die Aufklärung über Sanktionen und ihre Abschaffung zum Ziel gesetzt.

Hartz-IV-Regelsatz beträgt monatlich 399 Euro

Zum Hintergrund für ihre Kleine Anfrage erläuterte Ina Leukefeld:

Anfang Juli war gemeldet worden, dass Langzeitarbeitslosen in Deutschland hohe Summen wegen Sanktionen verloren gehen. 2014 bekamen die Betroffenen im Schnitt 107 Euro im Monat weniger – in der Summe 182 Millionen Euro. In den vergangenen sieben Jahren büßten Hartz-IV-Bezieher insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro ein. Das geht aus einer Antwort der Bundesagentur für Arbeit (BA) an die Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann (LINKE) hervor. Der Hartz-IV-Regelsatz für Alleinstehende beträgt monatlich 399 Euro. ■